


 Bundeskanzleramt

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 Bundesministerium
Inneres

 Bundesministerium
Landesverteidigung

Geschäftszahlen:

BKA: 2023-0.004.651

BMEIA: 2023-0.171.029

BMI: 2023-0.168.783

BMLV: S91150/2-PMVD/2023

54/5

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Weiterentwicklung der Österreichischen Sicherheitsstrategie

Die Österreichische Sicherheitsstrategie „Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten“ (ÖSS) wurde beginnend mit 2011 erarbeitet und am 3. Juli 2013 mit breiter parlamentarischer Mehrheit beschlossen (III-218 d.B. NR XXIV. GP). Zahlreiche weitreichende Entwicklungen und insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, haben die nationale, europäische und internationale Sicherheitsarchitektur sowie die geopolitischen Verhältnisse tiefgreifend verändert und erfordern zehn Jahre nach Beschlussfassung eine umfassende Weiterentwicklung und Überarbeitung der ÖSS.

Das letzte Jahrzehnt sah einschneidende Veränderungen in Europa aber auch global, denen unter Achtung der Satzung der Vereinten Nationen (VN), des Völkerrechts und der Menschenrechte in enger internationaler Zusammenarbeit und wechselseitiger Solidarität begegnet werden muss.

Der seit dem 24. Februar 2022 andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine fundamentale Änderung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung und einen Umbruchprozess der europäischen sowie globalen Sicherheitsordnung ausgelöst. Die Bundesregierung hat unmittelbar nach Beginn der russischen Invasion erklärt, dass Österreich militärisch gesehen neutral ist und dies auch bleiben wird. Militärisch neutral zu sein, bedeutet allerdings keinesfalls, gleichgültig zu sein, wenn Völkerrecht gebrochen wird und die Souveränität, territoriale Integrität sowie die Unabhängigkeit eines Staates angegriffen werden. Daher hat sich Österreich von Anfang an in voller Solidarität an den Maßnahmen der Europäischen Union (EU) zur Unterstützung der Ukraine sowie an den EU-Sanktionen gegen die Russische Föderation beteiligt. Dieser Mitwirkung an der

Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU steht die Neutralität nicht entgegen.

Auf europäischer Ebene haben die fortschreitenden globalen Veränderungen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union (EU) geführt. Mit der Präsentation der EU-Globalstrategie durch die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik im Juni 2016 und der Annahme des Umsetzungsplans der Globalstrategie durch die EU-Mitgliedstaaten im November 2016 wurden erste notwendige Schritte zur Stärkung der GSVP und zur Vertiefung der EU-Verteidigungskooperation gesetzt. Im März 2022 wurde in weiterer Folge der Strategische Kompass der EU für Sicherheit und Verteidigung angenommen. Dieser definiert die Ziele und Prioritäten der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Er gibt als Grundsatzdokument Anleitung für die Umsetzung des Ambitionsniveaus der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung für die nächsten fünf bis zehn Jahre. Mit diesem strategischen Dokument wurde somit definiert, wie, warum, wo und mit welchen Mitteln die EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung handeln soll. Diese Entwicklungen im Bereich der GSVP sind naturgemäß in der ÖSS aus 2013 nicht abgebildet. Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit wurden seit 2013 Schritte zu einer EU Sicherheitsunion gesetzt, die in der ÖSS ebenfalls nicht reflektiert sind.

Auf internationaler Ebene sind Kündigungen internationaler Abrüstungsverträge und schwere Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte nicht erst seit Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine zu beobachten. Damit wurde aber der Trend zur Erosion der regelbasierten Weltordnung und Schwächung des Multilateralismus insgesamt verstärkt, der sich auch auf das sicherheitspolitische Umfeld Österreichs auswirkt. Österreich wird von den gegenwärtigen und zukünftigen globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen ebenfalls betroffen sein und kann bzw. wird sich sicherheitspolitisch nicht isolieren.

Österreich bekennt sich als Sitzstaat der Vereinten Nationen (VN) und diverser internationaler Organisationen zur regelbasierten internationalen Ordnung, zum Dialog sowie zum effektiven Multilateralismus. Den VN sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kommen eine besondere Rolle bei der Gestaltung nachhaltiger Sicherheit in Europa und der Welt zu.

Auf nationaler Ebene wurde – auch unter Berücksichtigung des Regierungsprogramms 2020-2024 – mit Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates (NSR) vom 30. Juni 2020 die Erstellung eines aktuellen Risikobildes samt verteidigungspolitischer Ableitungen und einer entsprechenden Vorschau für die nächsten fünf bis zehn Jahre empfohlen. Daraus folgend

wurde ein neues Konzept für das Österreichische Bundesheer (ÖBH) abgeleitet, welches mit dem Streitkräfteprofil „Unser Heer“ zur Neuausrichtung des ÖBH führte.

In Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der damit einhergehenden Erschütterung der europäischen Sicherheitsarchitektur erfolgte durch das Bundesministerium für Landesverteidigung die neuerliche Überarbeitung des Risikobildes 2030 (aus dem Jahr 2020) und rückte die in der ÖSS beschriebene verfassungsmäßige Hauptaufgabe des ÖBH, die militärische Landesverteidigung, wieder in den Fokus. Außerdem unterstrich der NSR in einem Beschluss vom 25. Februar 2022 die Aufrechterhaltung der umfassenden Landesverteidigung.

Aufgrund dieser nunmehr wesentlich veränderten Rahmenbedingungen haben eine Vielzahl von Staaten ihre Sicherheitskonzepte neu beurteilt und entsprechende Adaptierungen eingeleitet. Neben den genannten Veränderungen der globalen Sicherheitsordnung haben sich seit Annahme der ÖSS im Jahre 2013 auch neue Krisen und Bedrohungen entwickelt. Diese neuen Herausforderungen wie z.B. hybride Bedrohungen, die Konsequenzen des Klimawandels oder Anforderungen im Bereich der irregulären Migration erfordern neue gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Antworten, bei denen die Sicherheitskräfte und die Zivilgesellschaft eine integrale Rolle spielen. In Anbetracht ihrer maßgeblichen Rolle legt Österreich bei der Krisenprävention und -bewältigung einen besonderen Schwerpunkt auf die Partizipation von Frauen und jungen Menschen. Mit einer bewussten Verknüpfung von Humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit sowie Friedensförderung kann Österreich einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Lösung von Konflikten leisten.

Um den geänderten Rahmenbedingungen entsprechend Rechnung zu tragen, sollen daher neben der bereits laufenden Adaptierung des ÖBH auch die ÖSS aus 2013 sowie relevante Teilstrategien umfassend weiterentwickelt werden. In die Weiterentwicklung und Adaptierung der ÖSS und der Teilstrategien sollen die im Nationalrat vertretenen Parteien im Rahmen eines parlamentarischen Prozesses eingebunden werden. Ziel ist es, auch die künftige Sicherheitsstrategie auf eine breite parlamentarische Mehrheit zu stützen.

Moderne Sicherheitspolitik muss umfassend und integriert angelegt, aktiv gestaltet und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft solidarisch umgesetzt werden. Wie die ÖSS aus 2013 soll die überarbeitete Sicherheitsstrategie vor diesem Hintergrund nicht nur klassische Themen der inneren und äußeren Sicherheit behandeln. Basierend auf einem umfassenden Sicherheitsverständnis sollen insbesondere Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern wie etwa Finanz- und Wirtschaftspolitik, Klima- und Energiepolitik oder Menschenrechts- und Gleichstellungspolitik, Außen- und Friedenspolitik sowie Bildungspolitik mit der Sicherheitspolitik im engeren Sinne berücksichtigt werden.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle eine Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheitsstrategie unter Federführung des Bundeskanzleramtes einleiten und das Ergebnis dem Nationalrat bis Ende 2023 zur Debatte zuleiten.

5. April 2023

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Alexander
Schallenberg, LL.M.
Bundesminister

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Mag. Klaudia Tanner
Bundesministerin